

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/025

Chronik vom 28. September 1949 bis zum 19. Dezember 1949

28.09.1949

BRD: Die Presse berichtet am 28. September 1949 über den Umfang und die Möglichkeiten der Werbung im Rundfunk (x112/778): >>... Sie liegen nicht nur in dem Widerstand der Hörerkreise gegen ein Werbeprogramm in der Hauptsendezeit, sondern sie liegen vielmehr auch in den akustischen Ermüdungserscheinungen, die nach den Beobachtungen deutscher Sendestationen sogar bei der Durchgabe von aktuellen Nachrichten, die über eine gewisse Sendezeit hinausgehen, unvermeidlich eintreten.<<

29.09.1949

BRD: Der parteilose Abgeordnete Franz Ott (1910-1998, katholischer Geistlicher und Vertriebenenpolitiker) stellt am 29. September 1949 im Deutschen Bundestag folgenden Antrag (x112/778): >>Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung des "Deutschlandliedes" in seiner ursprünglichen, unveränderten Form als Bundeshymne für die Bundesrepublik Deutschland vorzulegen.<<

30.09.1949

BRD: Der Deutsche Bundestag billigt am 30. September 1949 mit großer Mehrheit den Antrag der SPD, die Alliierten um Zustimmung zum Anschluß Berlins (West) an die Bundesrepublik Deutschland zu bitten (x112/778): >>... Der Bundestag bekennt sich zu Berlin als dem demokratischen Vorposten Deutschlands.

Er erklärt feierlich vor aller Welt, daß nach dem Willen des deutschen Volkes Groß-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und ihre Hauptstadt sein soll.<<

September 1949

UdSSR: In den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern beginnen im September 1949 nochmals großangelegte Vernehmungen und Prozesse, um die letzten vermeintlichen deutschen Kriegsverbrecher zu verurteilen (x130/356).

Der deutsche Wehrmachtsarzt Dr. Kuno W. berichtet später über die unerwartete "Zurückhaltung von gefangenen Offizieren" (x130/354-355): >>... Und dann sehen wir etwas, das selbst unsere hart gewordenen Herzen fast stillstehen läßt.

Draußen werden unter strenger Bewachung durch Posten mit Maschinenpistolen im Arm und Hunden etwa hundert Offiziere abgeführt.

Man hat sie hier an der letzten Linie des sowjetischen Machtbereichs aus dem Heimkehrertransport herausgeholt. Viele der Männer, die da abgeführt werden, schämen sich ihrer Tränen nicht, und das will etwas heißen bei diesen Gefangenen, die in der Esse der Gefangenschaft zu steinharten Männern gebrannt wurden.

Einer ruft noch herüber: "Kameraden, vergeßt uns nicht!" ...<<

Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böddeker (1933-2012) schreiben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die "Umwandlung von deutschen Kriegsgefangenen zu Kriegsverbrechern" (x130/355): >>... Die hundert Offiziere ... gehörten zu jenen Deutschen in russischer Hand, die unter der Unbarmherzigkeit des Siegers länger leiden sollten, als alle anderen gefangenen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs.

Im Jahre 1949 waren in nahezu allen Gefangenenlagern der Sowjetunion schlagartig Offiziere der Geheimpolizei des Innenministers Berija erschienen. In langen Verhören hatten sie die Gefangenen danach ausgefragt, was sie während des Krieges in der Sowjetunion möglicherweise Böses – im Sinne des Siegers - getan hatten: Kartoffeln oder Getreide von Kolchosgütern requiriert, Zivilisten aus ihren Häusern ausquartiert, an Partisanenbekämpfung teilgenommen usw.

Die Vernehmungen begannen am frühen Morgen und endeten spät in der Nacht. Mancher Gefangene durfte nach drei Stunden scharfer Fragen wieder gehen, mancher mußte mehrere Tage hintereinander auf dem harten Stuhl vor dem Tisch des Vernehmungsoffiziers zubringen.

Der Russe fragte nach Lebenslauf und Dienstrang, nach Schulbesuch und politischer Einstellung. Dann kam sehr oft die Frage: "Haben sie Greuertaten begangen oder Greuelbefehle ausgeführt? Hatten Sie Kenntnis von Greuelbefehlen? Wer war daran beteiligt? Nennen Sie die Namen!" ...

Natürlich stritten die meisten der verhörten deutschen Soldaten ab, an solchen Taten beteiligt gewesen zu sein. Sie hatten einen langen erbitterten Krieg gekämpft, sie hatten in schweren Schlachten gestanden, sie waren Soldaten.

So weigerten sie sich, Geständnisse abzulegen und Protokolle zu unterschreiben. Die Russen brachten sie gleichwohl dazu. ...<<

Deutsche Kriegsgefangene berichten später über die sowjetischen "Verhörmethoden" (x130/355-356,281): >>... Wir müssen mit Schrecken erleben, wie mit List und Gewalt versucht wird, auch die harmlosesten Kameraden zu Kriegsverbrechern zu stempeln. ...

Gegen September begann im Lager eine umfassende Vernehmungswelle, wobei eine große Zahl von Offizieren und Soldaten bedroht, erpreßt und schwer geschlagen wurde. ...

Wollen die Russen jemand zu irgendeinem Geständnis zwingen, so wird er in den Stehbunker gesperrt, ein schmales Verlies, in dem man weder sitzen noch liegen kann, und aus dem die Eingesperrten wie Holzstücke herausfallen, wenn nachgesehen wird. ...

Aus unserer Baracke wird ein Kamerad zum Verhör geholt, der bereits eingekleidet ist für den Heimtransport. Wir sehen ihn nicht wieder. ...

Die Atmosphäre in unserer Baracke ist drückend wie unter einer schweren Gewitterwolke. Die lauten Stimmen sind verstummt. Wir wundern uns, daß nicht schon längst der eine oder andere von uns Schreikrämpfe bekommen hat.

Zum Glück werden diejenigen, die zum Verhör bestellt werden, vom Kompanieführer benachrichtigt. Der Betroffene geht dann schweigend in sein Verhängnis mit einem letzten Händedruck an seine nächste Umgebung, wie auf dem Schlachtfeld im Angesicht des Todes. ...<<

>>... Die Spitzel erhielten bessere Verpflegung und Bekleidung. Viele der Spitzel handelten aus politischen Gründen. Sie waren Mitglieder der antifaschistischen Ausschüsse. Von diesen Spitzeln stammt ein Großteils des Materials, das sowjetischen Gerichten 1949 dazu diente,

Gefangene wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Zwangsarbeit zu verurteilen.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenenge-
schichte berichtet später über die sowjetischen Kriegsverbrecherprozesse 1949/50 (x130/356-
357): >>Die letzten Monate und Wochen zum Jahreswechsel 1949 stellten für die deutschen
Kriegsgefangenen eine Zeit ungeheurer seelischer Belastung dar. Es ging ja um die Frage:
Heimtransport oder Verurteilung?

Den Hauptschock erlitten die Gefangenen in dem Augenblick, als sie im Rahmen der Verur-
teilungsaktion zum Verhör gerufen und isoliert wurden: Dies war der Punkt, von dem an es
fast immer kein Zurück gab. ...

... Das Gericht tagte in einem Raum des Lagers.

Drei sowjetische Offiziere saßen an nackten Holztischen, etwas abseits eine Dolmetscherin.
Der Gerichtsvorsitzende fragte ... nach Name und Dienstrang. Dann wurde dem Deutschen die
Anklage vorgelesen. Der Vorgang dauerte nicht einmal fünf Minuten. Dann verschwand das
Gericht durch eine Tür, offenbar um den Anschein zu erwecken, es berate ernsthaft über das
Strafmaß.

Nach fünf Minuten waren die Russen wieder da und verkündeten das Urteil: Tod durch Er-
schießen. ... Das Ritual wiederholte sich mit maschinenhafter Präzision, die Deutschen wur-
den allesamt verurteilt.

Nahezu 50.000 deutsche Soldaten wurden 1949 und 1950 durch die russische Verurteilungs-
maschinerie gedreht. Die meisten wurden zum Tode verurteilt, die Urteile jedoch oft noch
während der Gerichtsverhandlung, sonst einige Tage später, in 25 Jahre Arbeitslager abgemil-
dert.

Mancher deutsche Offizier wurde verurteilt, weil er gegen Partisanen gekämpft und geschos-
sen hatte. Mancher wurde verurteilt, weil er gestanden hatte, ein russisches Huhn requiriert
und aufgegessen zu haben. Er hatte sich, so die Sowjets, des Diebstahls an sowjetischem Ei-
gentum schuldig gemacht.

Ein Schuhmachermeister wurde verurteilt, weil er, so die sowjetischen Richter, die "Marsch-
fähigkeit der deutschen Truppe begünstigte", ein Musiklehrer deshalb, weil er mit gelegentli-
chen Darbietungen seiner Kunst die Stimmung der faschistischen Armee gehoben hatte.

Ein deutscher Gefangener wurde von einem Gericht in Stalino deshalb verurteilt, weil er bei
der Feldpost Dienst getan hatte. Die Begründung der Russen für das Urteil auf 25 Jahre Ar-
beitslager: "Sie haben von deutschen Soldaten geraubtes Gut nach Deutschland befördert".

...<<

01.10.1949

China: Am 1. Oktober 1949 ruft Mao Tse-tung (1893-1976) in Peking die "Chinesische
Volksrepublik" aus.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die Gründung
der Chinesischen Volksrepublik (x192/462): >>... Das Riesenreich China, mit mehr als einer
Milliarde Menschen das bei weitem bevölkerungsreichste Land der Welt, wurde 1949 nach
einem langandauernden Bürgerkrieg kommunistisch.

Der "große Steuermann" Mao Tse-tung bestimmte bis 1976 die chinesische Politik, die sich
anfänglich am Beispiel der stalinistischen UdSSR orientierte. ...<<

02.10.1949

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Oktober 1949 über das Grenzdurchgangsla-
ger Friedland (x123/104-105): >>2. Oktober 1949. Am Sonntag kam der 300.000 Rußland-
heimkehrer in Friedland an. ... Der Ostpreuße Albert Zybek wurde am 9. Mai 1945 auf der
Halbinsel Hela gefangengenommen. ...<<

07.10.1949

DDR: Die "Provisorische Volkskammer" gründet am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik.

Die Ausrufung der "DDR" erfolgt aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).

Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR geht die DWK in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK werden Minister und Staatssekretäre.



Abb. 79 (x315/152): Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik durch den Deutschen Volksrat am 7. Oktober 1949.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ... Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 – ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt – zerbrach eine wichtige Klammer zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland.

... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.

Eine Verfassung haben die Parteinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später über die "Deutsche Demokratische Republik" (x313/400-402): >>Die Deutsche Demokratische Republik (1949-1990) war weder demokratisch noch eine Republik, tat aber alles, um die Illusion einer Demokratie aufrechtzuerhalten. Auch die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim. Zwar waren verschiedene Parteien zugelassen, die allerdings streng kontrolliert wurden. Der Ausgang bei den Wahlen stand von vorneherein fest. Sie wurden stets euphorisch als Sieg des Systems gefeiert.

Russisch war die erste Fremdsprache, die in den Schulen gelehrt wurde. Rund 16 Millionen Ostdeutsche (bzw. Mitteldeutsche) wurden damals auf die marxistische Ideologie eingeschwo-ren und "umerzogen".

Am Anfang bemühte sich die (von den Sowjets kontrollierte) Regierung, das Land schnell wieder auf die Beine zu bringen und die Industrieproduktion anzukurbeln. Mit Hilfe von Fünf-jahresplänen erzielte man besonders im Bereich der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Energiewirtschaft (Braunkohle) erstaunliche Produktionserfolge. Zu Beginn der 70er-Jahre war die DDR kurzzeitig das zehntgrößte Industrieland der Erde. ...

Auf der anderen Seite gab es in der DDR nicht genügend Konsumgüter (Autos, technische Geräte, Telefone), und auch andere Handelsgüter waren knapp. Die Infrastruktur hinkte hinterher, und die Produktionsmethoden wurden mit der Zeit ineffizient. Am erbärmlichsten war es um die Freiheit bestellt. Über alles wachte der Staat, alles kontrollierte er. Der Staat schien allgegenwärtig zu sein, das Individuum war nichts, der Staat alles.

... Die Ausbildung war zum Teil hervorragend, doch wenn es um geisteswissenschaftliche Fächer ging, dann wurde stramm in Richtung Marxismus/Leninismus indoktriniert.

Genau genommen wurden die Menschen in der DDR nach Strich und Faden belogen und betrogen. Mithilfe einzelner, sichtbarer Erfolge (im Hochleistungssport etwa) versuchte man, so etwas wie ein eigenes deutsches Bewußtsein zu schaffen, doch das mißlang.

Die freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Radio, Fernsehen und Kunst wurden streng zensiert. Die DDR war eine lupenreine Diktatur, selbst wenn es einige Freiräume und Bürgerrechtler gab, man westliche Sender hören und sehen konnte und im Rahmen der Kirchen so manches laut gesagt wurde.

Aber schon die Reisefreiheit war beschnitten, die allgegenwärtige MfS bespitzelte alle und jeden. Es gab rund 90.000 offizielle und etwa 100.000 inoffizielle Mitarbeiter der Stasi – eine unerhörte Menge für ein Land mit rund 16 Millionen Einwohnern. Jeder ... (84.) Bürger war ein Spitzel!

Opposition wurde grundsätzlich im Keim erstickt, Mord, Einschüchterung und Erpressung waren an der Tagesordnung. Es handelte sich um einen Unrechtsstaat, kontrolliert von der Sowjetunion, die mehr als 300.000 Soldaten in der DDR abgestellt hatte, vom KGB ganz zu schweigen. Die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) hielt alles fest im Griff. Erst Walter Ulbricht, dann Erich Honecker (ab 1976) leiteten diese Diktatur im Auftrage der Sowjets.

Viele Bürger flohen, selbst die "Mauer" half nicht viel, der "antifaschistische Schutzwall", wie er offiziell genannt wurde. Das Recht wurde regelmäßig gebeugt. Menschen überall über-

wacht und Andersdenkende unterdrückt.

Die Hypothek wog schwer: Bis zum Jahre 1945 wurden die Menschen in der DDR mit dem Nationalsozialismus traktiert, danach versuchte man, ihnen den Marxismus-Kommunismus einzuhämmern. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Spaltung und Wiedervereinigung" Deutschlands (x009/405-408): >>Auf der Konferenz in Teheran (Ende 1943) vereinbarten Roosevelt, Churchill und Stalin die Spaltung Deutschlands. In Jalta (Februar 1945) war dies ihre gemeinsame Forderung. Im März verzichtete Stalin gleich Churchill darauf, die Spaltung zu verlangen. Stalin ließ - dem Buchstaben nach - die Spaltung fallen, denn er befürchtete,

1. seinen Anspruch auf Reparationen und Mitregierung des Ruhrgebietes,
2. die langfristig geplante Bolschewisierung ganz Deutschlands zu gefährden.

Das Potsdamer Abkommen forderte nur "Dezentralisation ... örtliche Selbstverwaltung (§ III, A 9), jedoch keine Spaltung. Immer wieder behauptet das Regime der SBZ, Deutschland sei nach 1945 von den Westmächten und politischen Kreisen Westdeutschlands gespalten worden. Das ZK der SED behauptete zum "10. Jahrestag der Gründung der DDR! (7.10.1959), es hätten "die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands" bewerkstelligt.

Wie aber geschah Deutschlands Spaltung?

Bereits am 25.7.1945 errichtete die SMAD 11 deutsche Zentralverwaltungen, die von Anfang an gewisse Weisungsrechte gegenüber den 5 Landesverwaltungen hatten und sich bald - natürlich als Instrument der SMAD - zu zentralen Regierungsstellen über die gesamte SBZ erhoben. Der im August 1946 eingesetzten "Deutschen Verwaltung des Innern" wurden die Polizeien der 5 Länder untergeordnet. So begründete die SMAD die verwaltungsmäßige Spaltung Deutschlands schon im Herbst 1946. ...

Noch schwerer wiegt die wirtschaftliche, soziale und allgemein politische Spaltung, die die Sowjets schon früh vollzogen: Sie zwangen der SBZ schon 1945/46 einen kommunistischen Gesellschaftszustand auf, der jenem der Westzonen entgegengesetzt war (Bodenreform, Enteignung). Zögernd und spät, gegen den Willen Frankreichs, vereinigten die USA und England erst am 1.1.1947 ihre Zonen, und auch nur wirtschaftlich. ...

Die SMAD gab am 14.6.1947 der Zentralverwaltung der SBZ die Bezeichnung DWK und die Vollmachten einer wirklichen Zentralregierung. Dieser DWK gehörten in Wirklichkeit auch die zentralen deutschen Verwaltungen für Inneres (Polizei), Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen an, obwohl sie amtlich selbständig waren. -

Im April 1947 scheiterte die Moskauer Viererkonferenz, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands, Reparationen aus laufender Produktion noch Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen konnten. ...

Der nächste Schritt der Sowjetunion zur Spaltung war die Stärkung der DWK am 9.3.1948. Dies beantworteten die Westmächte mit Besprechungen über die Vorbereitung eines Dreizonen-Notstaates (23.2. bis 3.6.1948). Diese Abwehrhandlung nahm die Sowjetunion als Vorwand, um den Kontrollrat zu verlassen (20.3.1948).

Weiter weigerte sie sich, die schon allzu lange verzögerte Währungsunion mitzumachen (24.7.1948), richtete die Blockade gegen West-Berlin, daß die Westmark erhalten hatte, und organisierte die Spaltung Berlins (30.11.1948).

Die Errichtung der Bundesrepublik am 8.5.1949 war eine Notwehrmaßnahme, die am 14.8.1949 von 48 Millionen (d.h. von fast $\frac{3}{4}$ des deutschen Volkes) gebilligt wurde. Doch die auf Scheinwahlen beruhende Einsetzung eines Parlamentes der SBZ (des am 15. und 16.5.1949 "gewählten" 3. Volkskongresses) war ein Schritt der Sowjetunion und der SED, der zur weiteren Spaltung Deutschlands beitrug.

Die Ausrufung der "DDR" am 7.10.1949 erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Begründung der Bundesrepublik: scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich aber war sie nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion und die SED seit Juli 1945 betrieben hatten.

Seit dem kommunistischen Schritt vom 7.10.1949 ist die Frage der Wiedervereinigung der Hauptgegenstand der innerdeutschen Auseinandersetzung.

Die Bundesregierung, Deutschlands einzige, aus freien Wahlen hervorgegangene und rechtsstaatlich handelnde Regierung, beansprucht, für ganz Deutschland zu sprechen. Sie sieht freie gesamtdeutsche Wahlen als unabdingbare Voraussetzung der Wiedervereinigung an. Sie kann jedoch die Sowjetunion und die Westmächte von der Verantwortung für die Beseitigung der von ihnen verursachten Spaltung nicht entlasten. ...

Jeder Schritt, mit dem die Bundesrepublik die Zusammenarbeit der europäischen Staaten unterstützte, und jeden ihrer Beiträge zur Abwehrrüstung der NATO, verdächtigten die Sowjetunion und die SBZ als "Verrat" an der Wiedervereinigung. Sie verleumdete die Bundesrepublik, obschon z.B. der sogenannte "Generalvertrag" vom 23.10.1954 festlegte, es werde im Fall der Wiedervereinigung das Verhältnis Gesamtdeutschlands zur NATO neu vereinbart. ... So forderte auch das ZK der SED am 27.10.1955 ganz bewußt "Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung".

... Im Beschluß des V. Parteitages der SED vom 16.7.1958 heißt es mit unverkennbarem Bezug auf die Wiedervereinigung: "Die DDR und ihre sozialistischen Errungenschaften werden niemals ein Objekt des Schachers sein. Fest verbunden mit der Sowjetunion und dem ganzen sozialistischen Lager sind die Arbeiter- und Bauernmacht des deutschen Volkes und ihre sozialistischen Errungenschaften für immer unantastbar."

Bei all diesen Vorschlägen lehnen SED und Regierung der SBZ es ab, an den Anfang der Wiedervereinigung freie und geheime Wahlen zu setzen. Diese Vorschläge wiederholen sich in all den Äußerungen, die seit 1958 SED und Regierung der SBZ zur Wiedervereinigung getan haben. Dabei verbinden sie die Wiedervereinigung oft mit der Souveränität der SBZ, mit der Forderung nach Abrüstung und nach Ablösung der NATO und mit den Friedensvertragsentwürfen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kontakte" zur Bundesrepublik (x009/226): >>Mit Kontakte werden alle menschlichen und amtlichen Beziehungen über die Demarkationslinie hinweg bezeichnet, also sowohl die spontanen, "natürlichen" (z.B. auch sportlichen) zwischenmenschlichen Beziehungen wie die gesteuerten Verbindungen, die (etwa im Sinne des Kampfplanes 1958 der Nationalen Front) der kommunistischen Agitation und Infiltration in der Bundesrepublik dienen, wie schließlich auch der Amts- und Rechtshilfeverkehr zwischen amtlichen Stellen der Bundesrepublik und des Sowjetzonenregimes, der (häufig auch als "technische Kontakte" bezeichnet) auf vielen Gebieten fortbesteht, aber durch Handhabung im Geiste der bolschewistischen Parteilichkeit immer mehr behindert und in manchen Beziehungen (z.B. Lastenausgleich, Wiedergutmachung sowie in allen Angelegenheiten der Flüchtlinge gänzlich lahmgelegt wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Außenpolitik" der SBZ (x009/50): >>Von einer Außenpolitik der SBZ kann erst seit Errichtung der DDR (7. Oktober 1949) gesprochen werden. ...

Die Außenpolitik ist jedoch völlig nach der sowjetischen Außenpolitik ausgerichtet. Die SBZ unterhält diplomatische Beziehungen nur zu den Staaten des Ostblocks, ihre Botschafter und Gesandte haben im wesentlichen nur repräsentative Pflichten. ...

Die enge außenpolitische Bindung an den Ostblock hat zu Verträgen mit der Sowjetunion und anderen Staaten dieses Blockes geführt.<<

Der völkerrechtliche Status der BRD und der DDR



Abb. 80 (x067/206): "Zwei Volk, zwei Reich, zwei Führer." Karikatur aus dem "Simpl", 1949. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren bis zum Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich

völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Weder die von den Siegermächten gegründete Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten oder souveräne Staaten.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten die Interessen des deutschen Volkes nicht souverän vertreten. Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) überflüssige Pseudowahlen.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: **Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.** Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main. ...<<

11.10.1949

DDR: Wilhelm Pieck wird am 11. Oktober 1949 erster Präsident der Deutschen Demokratischen Republik.

Wilhelm Pieck betont am 11. Oktober 1949 vor der Volkskammer (x009/405): >>Von den westlichen Besatzungsmächten ... wurde Deutschland gespalten", doch niemals wird die Spaltung Deutschlands ... von der DDR anerkannt werden ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Wilhelm Pieck (x051/444): >>Pieck, Wilhelm, geboren in Guben 3.1.1876, gestorben in Berlin 7.9.1960, deutscher Politiker.

Vor dem Ersten Weltkrieg war Pieck hauptamtlicher Sekretär der SPD, gehörte dann dem Spartakusbund an und 1919 zu den Mitbegründern der KPD. Als einer der wichtigsten kommunistischen Politiker der Weimarer Republik (1928-33 MdR, Leiter der "Roten Hilfe", Mitglied im ZK der KPD) mußte Pieck 1933 ins Exil fliehen und übernahm nach der Verhaftung Thälmanns die Exilführung der KPD.

1935 konnte Pieck zusammen mit Ulbricht einen politischen Kurswechsel durchsetzen, nachdem er selbstkritisch festgestellt hatte, daß die KPD ihren "Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit" richtete, in der sie diesen "gegen die faschistische Bewegung hätte richten müssen". Während des Krieges in Moskau gehörte Pieck 1943 zu den Mitbegründern des Nationalkomitees "Freies Deutschland".

1946 kehrte er mit der Gruppe Ulbricht nach Deutschland zurück, übernahm 1946 gemeinsam mit Otto Grotewohl den Vorsitz der SED und war von 1949-60 erster Staatspräsident der DDR.<<

12.10.1949

DDR: Nach der Gründung der DDR werden die Aufgaben der DWK durch das "Gesetz zur Überleitung der Verwaltung" vom 12. Oktober 1949 an die Ministerien, der "Provisorischen Regierung der DDR" übertragen.

Ministerpräsident Otto Grotewohl (seit dem 7.10.1949 Ministerpräsident und Vorsitzender des Staatsrates der DDR) sagt während seiner Regierungserklärung am 12. Oktober 1949 (x058/400-401): >>Die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und der Versklavung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern daß sie von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen. ...

Unmittelbar nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges gingen die führenden englisch-amerikanischen Kreise mit der Aufstellung der Truman-Doktrin und des Marshall-Planes dazu über, eine dem Potsdamer Abkommen feindliche Politik durchzuführen. Sie verweigerten hartnäckig dem deutschen Volke den versprochenen Friedensvertrag, sie verhinderten die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsorgane und zerrissen durch eine Kette von Vertragsbrüchen die im Potsdamer Abkommen gewährleistete Einheit Deutschlands.

Bereits im Dezember 1946 wurden von den Regierungen der USA und Großbritanniens ein Abkommen über die Bildung der Bizone getroffen, daß den ersten praktischen Schritt auf dem Wege zur Zerreißung Deutschlands bedeutete. Mit der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrates wurde ein separates Verwaltungsorgan in Westdeutschland gebildet. Es war klar, daß mit diesen Maßnahmen die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Viermächteverwaltung Deutschlands erschüttert wurde. ...

Von vornherein war man sich darüber klar, daß die Besetzung Deutschlands nur vorübergehend sein sollte. Besetzung und Viermächteverwaltung Deutschlands sollten die Grundlagen des deutschen Imperialismus beseitigen, den deutschen Militarismus ausrotten und das deutsche Volk im demokratischen Sinne umerziehen und auf den Weg des Friedens bringen.

Deshalb sieht das Potsdamer Abkommen ausdrücklich vor, daß eine einheitliche Verwaltung in ganz Deutschland herbeizuführen ist, daß die Viermächteverwaltung nach Erfüllung ihres Hautzweckes, nämlich der Beseitigung der Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus, durch eine eigene demokratische Regierung des deutschen Volkes abzulösen ist.

Die Potsdamer Beschlüsse enthalten als eine Rechtsgrundlage für die Lebensforderungen des deutschen Volkes die Vereinigung aller Teile Deutschlands in einer einheitlichen demokratischen Republik. Die Regierung vertritt die Ansicht, daß kein Deutscher auf diese Rechtsgrundlagen verzichten kann. ...

Unsere politischen Ziele gehen also mit den Zielen konform, die die Alliierten als für Deutschland verbindlich in Potsdam festlegten. ...

Wir wissen, daß wir in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands, der ein Bestandteil des Kampfes um den Frieden ist, nicht allein stehen. Wir haben das Glück, uns in diesem Kampf auf das große Lager des Friedens in der Welt stützen zu können, dessen ständig zunehmende Stärke die imperialistischen Kriegsinteressen Schritt um Schritt zurückdrängt. Diese Kräfte des Friedens in der ganzen Welt werden geführt von der Sowjetunion, die eine andere Politik als die Politik des Friedens weder kennt noch kennen kann. ...

Die Oder-Neiße-Grenze ist für uns eine Friedensgrenze, die ein freundschaftliches Verhältnis mit dem polnischen Volk ermöglicht. Es ist verbrecherisch, auch nur den Gedanken zu erwägen, das ausgeblutete deutsche Volk noch einmal in Krieg und Katastrophe zu stürzen.

Wer übrigens dem Besatzungsstatut zugestimmt und damit seine Bereitschaft bewiesen hat, ganz Deutschland als Kolonie an die imperialistischen Mächte auszuliefern, hat jedes Recht verloren, über Grenzfragen im Osten zu zetern. ...<<

15.10.1949

UdSSR: Die Sowjetunion erkennt am 15. Oktober 1949 die DDR an und nimmt diplomatische Beziehungen auf.

Ungarn: Am 15. Oktober 1949 wird der westlich orientierte "Heimatkommunist" Lazlo Rajk nach einem Schauprozeß hingerichtet.

Der stalinistisch ausgerichtete KP-Parteisekretär Matyas Rakosi läßt danach alle politischen Konkurrenten systematisch durch die allgegenwärtige Geheimpolizei beseitigen.

21.10.1949

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärt am 21. Oktober 1949 vor dem Bundestag (x058/401): >>... Ich stelle folgendes fest. In der Sowjetzone gibt es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung. Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert.

Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von 23 Millionen stimmberechtigten Deutschen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. Hieraus ergeben sich innenpolitisch und außenpolitisch Folgerungen, die ich im einzelnen wiederzugeben mir heute versagen muß.

Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich auch verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutschen, die in der Sowjetzone leben. Sie versichert sie ihrer Treue und Sorge. Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an.<<

26.10.1949

BRD: Die deutsche Bundesregierung beantragt am 26. Oktober 1949 bei der Alliierten Hohen Kommission im Rahmen der Familienzusammenführung die Ausreise von 20.000 Sudetendeutschen aus der CSR nach Westdeutschland.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Schicksal der in der CSR verbliebenen Sudeten- und Karpatendeutschen (x004/126-136): >>... Noch immer befanden sich ... Zehntausende von Angehörigen der nach Westdeutschland ausgewiesenen Familien in der CSR. Am 26. Oktober 1949 beantragte daher die Regierung der Bundesrepublik bei der Alliierten Hohen Kommission die Überführung von 20.000 Sudetendeutschen aus der CSR zu ihren Familien nach Westdeutschland.

Nachdem diese ihre Zustimmung gegeben hatte, erzielte das amerikanische Permit Office in Prag in Verhandlungen mit dem tschechoslowakischen Innenministerium, an denen auch Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes teilnahmen, ein Übereinkommen, in dem das Verfahren und die technischen Einzelheiten dieser Aktion festgelegt wurden.

Die Transporte wurden in den Sammellagern Reichenberg und Eger zusammengestellt und setzten sich durchschnittlich aus 350 Personen zusammen. Der Abtransport ging ausschließlich in Personenzügen vor sich. Außer Devisen, echtem Schmuck und neuwertigen Textilien durften die Aussiedler ihre ganze bewegliche Habe, die in Güterwagen noch vor dem Verlassen der CSR oder auch danach über die Grenze gebracht wurde, mitnehmen.

Diese letzte Aussiedlungsaktion, die am 17. März 1950 begann, wurde von der tschechoslowakischen Regierung am 28. April 1951 eingestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in 49 Transporten 16.832 Sudetendeutsche nach Westdeutschland gekommen. Darunter befanden sich ein Sondertransport mit 232 Klosterschwestern und ein Transport mit Geisteskranken.

In den folgenden Jahren wurde nur einer beschränkten Zahl von Deutschen die Ausreise aus der CSR gestattet. Es waren fast ausschließlich solche Personen, die die langjährige Haft, zu der sie auf Grund des Retributionsgesetzes verurteilt worden waren, verbüßt hatten und nun zu ihren Familien nach Westdeutschland ausreisten. ...

Nach den offiziellen Erklärungen der Staatsmänner der Tschechoslowakischen Republik und

nach dem Wortlaut der Gesetze sollten die "loyalen" Deutschen, die der Republik die Treue gehalten und gegen Hitler und Henlein Widerstand geleistet hatten, von jeder Verfolgung und damit auch vom "Abschub" verschont bleiben. ...

Während etwa 30.000 sudetendeutsche Sozialdemokraten die CSR nicht mehr verlassen konnten und jahrelang - oft auch vergeblich - auf eine Ausreisegenehmigung warten mußten, glückte es den aussiedlungswilligen sudetendeutschen Kommunisten, vollzählig die CSR zu verlassen und in die Sowjetzone zu gehen. ...

Entgegen ihren Erklärungen galt aber das eigentliche Interesse der tschechoslowakischen Regierung weniger dem Problem der Antifaschisten, als der Erhaltung eines genügenden Stammes von Facharbeitern für die im Sudetenland gelegenen Industriebetriebe. Von den Wirtschaftsbehörden der nationalisierten Industrien war die schärfste Kritik am "Odsun" der Facharbeiter gekommen, und hinter den Kulissen der offiziellen Politik spielte offenbar eine lebhaft Auseinandersetzung um die Zahl der zurückbehaltenen Spezialisten, die das Regime dringend für die Ausführung seiner Wirtschaftspläne benötigte. ...

Die Lage der nach Abschluß der großen Vertreibungsaktion in der CSR zurückgebliebenen Deutschen, die sich aus verschiedenen Gruppen zusammensetzten, war zunächst sehr ungünstig. Soweit sie nicht als unentbehrliche Facharbeiter in den Industriebetrieben des Grenzgebietes benötigt wurden, deportierte man sie zu Zwangsarbeiten in das innertschechische Gebiet, wo sie unter kümmerlichsten Bedingungen, die in vielem den Verhältnissen von 1945/46 nicht nachstanden, dahinvegetierten.

Von diesen Deportationen wurde jetzt auch ein großer Teil der zurückgebliebenen Antifaschisten betroffen. In vielen Fällen verloren sie jetzt noch das gerettete Eigentum, das sie meist, wenn es sich um unbeweglichen Besitz handelte, erst nach langwierigen Bemühungen wieder zurückerhalten konnten.

Erst im Laufe des Jahres 1949 begann sich die tschechische Haltung den zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Deutschen gegenüber zu ändern. Jetzt, wo in der relativ kleinen Restgruppe der Deutschen für den tschechische Staat keine politische Gefahr mehr gesehen werden konnte, machte sich das Interesse an den deutschen Facharbeitern offen bemerkbar, und ihre Lebensbedingungen wurden allmählich erleichtert. ...

Vor allem vereinfachte die Verordnung vom 29. November 1949 "über die Rückgabe der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher Nationalität" das Antragsverfahren für Personen deutscher Volkszugehörigkeit, "die ihre Treuerverpflichtung als tschechoslowakische Staatsbürger nicht verletzt und sich insbesondere nicht feindlich gegenüber der volksdemokratischen Ordnung verhalten haben".

Am Ende wurde sogar das Antragsverfahren überhaupt abgeschafft und durch Gesetz vom 24. April 1953 allen Personen deutscher Nationalität, die in der tschechoslowakischen Republik ihren Wohnsitz und die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit noch nicht erworben hatten, diese automatisch zuerkannt. Diese zwangsweise Repatriierung, gegen die den Betroffenen kein Einspruchsrecht zugestanden wurde und die alle gestellten Aussiedlungsanträge erledigte, wurde mit den Prinzipien der sozialistischen Nationalitätenpolitik: Gleichberechtigung und Zusammenwirken der Nationen im Aufbau des Sozialismus begründet.

Das deutsch-kommunistische Organ "Aufbau und Frieden" stellte diese Lösung gegen die "wüste chauvinistische Hetze", die in den Jahren 1945 bis 1948 "die Reaktionäre und Verräter von Benes bis Slansky" gegen alle Deutschen getrieben hätten und deren Losung "ein Deutscher ist wie der andere" Gottwald schon 1945 und 1947 die Parole "kein Deutscher ist wie der andere" entgegengestellt habe.

Auch sonst traten kommunistische Politiker in öffentlichen Kundgebungen für eine Verbesserung des Status der sudetendeutschen Minderheit ein. Nachdem 3 Jahre lang Kinder deutscher Volkszugehörigkeit von jedem Schulbesuch ausgeschlossen waren, wurde seit 1948 erlaubt,

tschechische Schulen zu besuchen, später wurde sogar in einigen Schulen Deutschunterricht eingerichtet, dessen Besuch nur Schülern gestattet ist, die in Tschechisch und Russisch den Durchschnitt des Klassenziels erreicht haben.

Auch der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und auf den Ämtern, sogar in Bezirken mit geringen deutschen Minderheiten, wurde wieder zugelassen, und seit November 1951 von dem tschechischen Gewerkschaftsverlag "Prace" die deutschsprachige, zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung "Aufbau und Frieden" herausgegeben. Durch Gastspiele sowjetzonaler Theater- und Kulturgruppen durch literarische Vortragsabende und Sprachkurse werden die Deutschen in der CSR im Geiste kommunistischer Nationalitätenpolitik kulturell betreut, doch haben sie noch keineswegs den Stand der ukrainischen und sogar madjarischen Minderheit erreicht. ...

Durch die Austreibung der Deutschen haben diese Länder völlig ihr Gesicht verändert, nicht nur im nationalen, sondern auch im sozialen Sinn. In keinem der Vertreibungsstaaten Ostmitteleuropas ist die Entrechtung, Entdeutschung und Vertreibung der Deutschen so eindeutig Schrittmacherin des Kommunismus gewesen wie in der Tschechoslowakei. Die nichtkommunistischen Kräfte des tschechischen Volkes, die sich an dieser Politik beteiligt haben, sind längst zwischen die Mühlsteine des kommunistischen Regimes geraten.

Die utopische Hoffnung des Präsidenten Benes, die Tschechoslowakei zu einem Ausgleichs- und Vermittlungszentrum zwischen dem westlichen und östlichen System zu machen, ist ebenso zerronnen wie die Machtträume Hitlers, der das tschechische Volk germanisieren wollte und was trotz des erlittenen Unrechts kein Deutscher vergessen sollte, mit seiner Politik die späteren Verhängnisse erst ausgelöst hat.

Böhmen ist vielmehr, was schon der große tschechische Historiker Palacky im 19. Jahrhundert befürchtet hatte, in den Bereich der russischen Macht gefallen, und das tschechische Volk von jeher stolz auf seine europäische Tradition und Gesinnung, hat seine Freiheit erneut eingebüßt. Die Austreibung der mit durch Jahrhunderte in Glück und Unglück verbundenen Deutschen ist ihm nicht zum Segen geworden: der "Abschub" war die Einleitung zum Abschied vom Westen. ...<<

Oktober 1949

Ungarn: Der stalinistisch ausgerichtete KP-Parteisekretär Matyas Rakosi erläßt im Oktober 1949 eine Generalamnestie für die Ungarndeutschen (x008/69E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über das Schicksal der in Ungarn verbliebenen Deutschen (x008/69E-71E): >>... Mit dem schrittweisen Hervortreten der Kommunisten als der bestimmenden politischen Macht - 1950 stellten sie zum erstenmal mit ihrem Führer Rakosi den Ministerpräsidenten - lief die Verstaatlichung und Kollektivierung der ungarischen Industrie und Landwirtschaft parallel.

Das Bodenreformgesetz verlor mehr und mehr seine Bedeutung. Auf die deutschen Facharbeiter konnte zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftspotentials nicht verzichtet werden. Diese Entwicklung schlug sich in weiteren Gesetzen und Erlassen nieder, die zu einer Gleichstellung von Deutschen und Madjaren im Sinne der kommunistischen Doktrin hinführten. Rakosi verlangte schon 1948 in einer Rede vor dem Zentralkomitee der KP die Wiedereingliederung der "Schwaben" in den Staat.

Im Oktober 1949 wurde eine Generalamnestie für die Ungarndeutschen ausgesprochen, wenn sie sich innerhalb von 14 Tagen bei ihren Gemeinden als Volksdeutsche meldeten. Ein halbes Jahr später, im März 1950 wurde die Einstellung der Aussiedlung offiziell angeordnet und alle Personen, die unter Ausweisungsbestimmungen fielen, wurden wieder zu ungarischen Staatsbürgern erklärt.

Sogar ausgesiedelte Personen konnten "in berücksichtigungswürdigen Fällen" die Staatsbürgerschaft wiedererwerben und zurückkehren. Auf Grund dieses Erlasses versuchten Evakuier-

te und Ausgesiedelte, die in Österreich und Westdeutschland lebten, wieder in die Heimat zu gelangen. Eine allgemeine Rücksiedlung wurde aber von den ungarischen Behörden unterbunden, da nur ausgesuchten Facharbeitern der Weg zu den alten Arbeitsplätzen offengehalten werden sollte.

Um die Tragödie zu vollenden, wirkte sich diese endliche Gleichstellung noch einmal als Unheil aus, jedenfalls für alle diejenigen, die das ungarische Staatsgebiet verlassen wollten und auf Grund ihrer Staatszugehörigkeit keine Ausreisegenehmigung erhielten.

Ein großer Teil der ehemaligen SS-Leute hatte nach der Entlassung aus der Gefangenschaft gar nicht erst versucht, in die Heimat zurückzukehren, sondern sich in Westdeutschland eine Existenz aufgebaut. Ihre Angehörigen wohnten noch in Ungarn. Da jetzt weder eine Aus- noch Einreise möglich war, gab und gibt es im Augenblick keinen Weg, um die auseinandergerissenen Familien wieder zusammenzuführen.

Ebenso schwer wurden die 1950 aus der Sowjetunion nach Ungarn einreisenden Spätheimkehrer von der Ausreisesperre betroffen. Da sie nach ihrer Gefangennahme ungarisch als ihre Staatsangehörigkeit angegeben hatten, wurden sie ohne Rücksicht auf persönliche Wünsche nach Ungarn transportiert und im Auffanglager Debrecen gesammelt. Wer in Ungarn bleiben wollte, wurde entlassen, alle übrigen strengen Verhören unterzogen, in denen man ihnen ihre ungarische Staatsangehörigkeit nachzuweisen versuchte. Ein Teil konnte nach 3jähriger Zwangsarbeit in die sowjetische Zone ausreisen.

Obwohl das ungarländische Deutschtum bei Kriegsende und in den Nachkriegsjahren nicht in dem Maße brutalen Verfolgungen und Ausschreitungen ausgesetzt war wie das Deutschtum in der Tschechoslowakei oder in Jugoslawien, so ist das Ergebnis der vom ungarischen Staat getroffenen Maßnahmen im ganzen nicht weniger einschneidend: das Deutschtum in Ungarn ist als selbständige Volksgruppe und geschlossener Bestandteil der ungarischen Bevölkerung in seiner sozialen und nationalen Existenz aufs allerschwerste getroffen.

... Im Jahre 1950 lebten in der Bundesrepublik etwa 170.000 Ungarndeutsche, in Österreich (nach dem Stand vom 1. Oktober 1951) etwa 15.000. In diesen Zahlen sind die Flüchtlinge, die Evakuierten und die Ausgewiesenen enthalten.

In der sowjetischen Zone Deutschlands werden sich ungefähr 54.000 Volksdeutsche aus Ungarn aufhalten. ...<<

Schweiz: Im Oktober 1949 schließt der Schweizerische Bundesrat mit der polnischen Regierung einen Vertrag mit Geheimprotokoll, um die geforderten Entschädigungen für enteignete schweizerische Güter, Handelshäuser und Betriebe in Polen zu erhalten.

Aufgrund dieses Abkommens werden Kontenguthaben, die verschollenen polnischen Juden gehören, nach Polen transferiert. Mit diesen Devisen gleicht der polnische Staat anschließend die Entschädigungsforderungen der Schweizer aus (x136/280).

02.11.1949

DDR: Pieck und Grotewohl bezeichnen die Oder-Neiße-Linie am 2. November 1949 als Friedensgrenze.

03.11.1949

BRD: Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten entscheidet sich am 3. November 1949 für den "provisorischen Regierungssitz" Bonn.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die neue Hauptstadt Bonn (x283/236-237): >>Bei der Wahl des als provisorisch deklarierten Regierungssitzes entschied sich der neue Bundestag am 3. November 1949 mit 200 gegen 176 Stimmen für Bonn anstelle von Frankfurt.

Die alte Reichs- und Messestadt am Main, wo sich 794 unter Karl dem Großen die Kirchenfürsten Westeuropas über die Bildungsfrage geeinigt hatten, wo nach der Goldenen Bulle 18 römisch-deutsche Kaiser gewählt, 10 gekrönt worden waren, wo 1815 der Bundestag, 1848

die Nationalversammlung tagte, dieses Frankfurt war Sitz des amerikanisch-britischen Zweimächtekontrollrats, der höchsten alliierten Behörde im Westen, und wäre historisch, wirtschaftlich und verkehrstechnisch für den Sitz der deutschen Regierung prädestiniert gewesen. Ihr protestantisch-sozialdemokratischer Charakter aber mißfiel Adenauer.

Er erreichte eine Mehrheit für Bonn, die Lieblingsresidenz der in Köln nicht sonderlich beliebten Erzbischöfe, und gewann die Wahl durch eine manipulierte Agenturmeldung und "Handsalben" in Höhe von 2 Millionen Mark, nachdem ein Teil der CDU-Abgeordneten zuvor mit Frankfurt sympathisiert hatte. Auch die Amerikaner waren überzeugt, daß Frankfurt Regierungssitz würde, und bestimmten deshalb Wiesbaden zur Hauptstadt von Hessen. Dabei blieb es.

Adenauers Argument gegen die Wahl Frankfurts, daß damit die künftige Rückkehr nach Berlin gefährdet sei, war gewiß nicht sein Motiv, aber sachlich zutreffend. So sah das auch Ernst Reuter, der für Kassel als Regierungssitz eintrat, weil die Stadt der Zonengrenze näher lag. Kassel aber war zerstört.

Wäre Frankfurt Regierungssitz geworden, so wäre es bis heute Hauptstadt geblieben – gegen die pulsierende Rhein-Main-Metropole hätte Berlin fern im Osten bei der Abstimmung des Bundestags vom 20. Juni 1991 keine Chance gehabt. Das Ergebnis war ohnedies knapp: 338 Stimmen für Berlin gegen 320 für das liebe Städtchen am Rhein.

Es gehört zur Ironie der Geschichte, wenn es Adenauer, der ein unterkühltes Verhältnis zu Berlin hatte, zu danken ist, daß die Regierung an die Spree zurückkehrte.<<

06.11.1949

BRD: Die Landsmannschaft Ostpreußen kritisiert am 6. November 1949 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die DDR (x155/20): >>Die Regierung der "Deutschen Demokratischen Republik" hat in ihrer Erklärung die Oder-Neiße-Linie als Grenze des deutschen Gebietes anerkannt.

Wir stellen fest, daß die Regierung der "DDR" damit auf etwas verzichtet, was ihr nicht gehört und nie gehört hat. Träger der Ansprüche auf die zur Zeit abgetrennten deutschen Gebiete sind die Heimatvertriebenen, deren Vertreter ihre landsmannschaftlichen Organisationen sind. ...<<

07.11.1949

DDR: Während der Feiern zum 32. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution wird am 7. November 1949 in Ostberlin erstmals die Nationalhymne der DDR "Auferstanden aus Ruinen ..." gespielt (x175/458).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Nationalhymne der DDR (x009/306, x296/207 L): >>Die Nationalhymne der Sowjetzonen-Republik wurde 1949 verfaßt von Johannes R. Becher (1891-1958) und vertont von Hanns Eisler (1898-1962):

>>1. Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt,
laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.
Alte Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint,
denn es wird uns doch gelingen, daß die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint.

2. Glück und Friede sei beschieden, Deutschland, unserm Vaterland.
Alle Welt sehnt sich nach Frieden, reicht den Völkern eure Hand.
Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind.
Laßt das Licht des Friedens scheinen, daß nie eine Mutter mehr
ihren Sohn beweint, ihren Sohn beweint.

3. Laßt uns pflügen, laßt uns bauen, lernt und schafft wie nie zuvor,
und der eigenen Kraft vertrauend, steig ein frei' Geschlecht empor.

Deutsche Jugend, bestes Streben unsres Volks in dir vereint,
wirst du Deutschland neues Leben, und die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint, über Deutschland scheint.<<

09.11.1949

BRD: Die Münchener Zeitung "Heute" berichtet am 9. November 1949 über die "Illegalen" Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland (x043/033): >>Sie haben keinen Interzonenpaß und keine Aufenthaltsgenehmigung. Sie kommen bei Nacht und Nebel über die Grenze. Sie wissen oft keinen Verwandten und keinen Freund in Westdeutschland anzugeben. Sie wissen nur eines: daß sie nicht mehr zurück wollen, nicht mehr in die Ostzone.

Es ist ein nicht abreißender Strom, eine gespenstische Wanderung durch das Niemandsland zwischen den Zonengrenzen. Rund tausend Menschen strömen täglich aus der Ostzone in Westdeutschland ein.

Sie werden durch die beiden Auffanglager Uelzen oder Gießen geschleust, wo jeder Fall überprüft wird, um zu verhindern, daß Unrechte sich einschleichen; dort fällt die Entscheidung, wer bleiben darf und wer zurück muß. ... Jeder 3. Einwohner in Schleswig-Holstein, jeder 4. in Niedersachsen, jeder 5. in Bayern ist Flüchtling. Diese Länder gleichen einem voll-gesogenen Schwamm. ...

Die Bestimmungen, nach denen die Beamten in den Durchgangslagern verfahren, gewähren das Asylrecht nur solchen Flüchtlingen, denen aus politischen Gründen in der Ostzone nachweislich Gefahr für Leib und Leben droht. Alle anderen werden zurückgewiesen.

Unter ihnen mögen viele sein, die aus Abenteuerlust kamen oder von dem "besseren Leben" angezogen worden sind; die meisten sind Menschen, die das Leben in der Ostzone mit der ständigen Unterdrückung, mit der ewigen Angst vor Verschleppung und Zwangsverpflichtung einfach nicht mehr ertragen konnten.

Sie gehen nicht zurück. Sie graben sich Höhlenwohnungen oder hausen im Walde in primitiven Hütten. Sie sickern auf tausend Wegen in die schon überfüllten Städte ein. Sie klammern sich an jede noch so schwache Hoffnung, hier doch noch Arbeit und ein Dach über dem Kopf zu finden - und endlich nicht mehr "illegal" zu sein. ...

Man trifft in Westdeutschland täglich auf beschämende Beispiele von Gedankenlosigkeit, von Härte und mangelndem Verständnis gegenüber denen, die ihre Heimat verlassen mußten. Das sichere Leben diesseits des Eisernen Vorhangs läßt viele von uns leicht vergessen, wie es "jenseits" aussieht - und das auch die Flüchtlinge Menschen sind, die die gleiche Sprache sprechen.

Die begreifliche und manchmal unvermeidliche Härte gesetzlicher Bestimmungen ist keine Entschuldigung für die Trägheit des Herzens.<<

11.11.1949

DDR: Die SMAD wird am 11. November 1949 durch die SKK (Sowjetische Kontrollkommission) ersetzt.

Ein Gesetz der Provisorischen Volkskammer der DDR vom 11. November 1949 soll ehemalige Nazis für die SED, NDP und die Nationale Front gewinnen.

Dieses Gesetz erstattet den verurteilten Nazis zwar keinerlei Vermögen, aber alle ehemaligen Nazis erhalten das aktive und passive Wahlrecht. Sie dürfen außerdem ihre Berufe wieder ausüben (außer Tätigkeiten in der inneren Verwaltung und der Justiz). Hiervon sind jedoch alle NS-Täter ausgenommen, die "sich der Strafvollstreckung entzogen haben" oder mehr als ein Jahr Haft absitzen müssen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>Neben den Enteignungen war die gesonderte Währungsreform das wichtigste Hilfsmittel der Besatzungspolitik zur Umgestaltung.

Nach Bildung der "DDR" wurde die SMAD am 11.11.1949 aufgelöst, ihre Aufgaben wurden

formell den deutschen Verwaltungsorganen übertragen.

An Stelle der SMAD wurde die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit Sitz in Berlin-Karlshorst gebildet. Ihre Aufgabe bestand in der "Kontrolle der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse und der anderen von den 4 Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen über Deutschland". Die SKK behielt sich ferner den diplomatischen Verkehr mit den anderen Besatzungsmächten vor, auch behielt sie alle anderen wesentlichen Kontrollen. ...<<

18.11.1949

WBZ: Ein unbekannter deutscher Kriegsgefangener berichtet am 18. November 1949 über seine Ankunft im Grenzdurchgangslager Friedland: >>Wie oft geisterte der Name dieses kleinen Ortes an der Leine durch die Gedanken und Gespräche der Gefangenen seit jenem Tage, da er ein erstes Mal als Entlassungsort und Durchgangslager genannt wurde. An diesen Namen hingen sich die Fieberträume der Sterbenden, er gab Kraft, wenn die Arbeit einmal gar zu schwer wurde.

Friedland wurde zum Mekka der Rußland-Gefangenen. Und diesen Ort sollen wir nun in 2 Stunden erreichen. Vorläufig stehen wir vor dem Schlagbaum hinter Arenshausen. Fünferkolonne, sauber ausgerichtet, den Entlassungsschein aus Frankfurt im Mund, am Fuß das kleine Bündel der letzten Habe und 2 Laibe Brot aus der letzten Marschverpflegung.

Wieder und wieder hetzen Rotarmisten an der Kolonne entlang und zählen, zählen, zählen. Und wir machen es ihnen schon so leicht! - Stehen ruhig, in geöffneter Ordnung, keiner spricht! Was sollte man auch jetzt sagen?! Jetzt, da alles in Erfüllung geht! Das Herz leer ist, ja richtig leer! Wir sind da!! und nichts anderes vermag das Hirn jetzt zu denken! -

Dann beginnt das Sehen, das gierige Aufsaugen all dessen, was zum "Drüben" gehört. Hier, also noch bei den Sowjets, viele Menschen, viele Uniformen und ebensoviel Gewehre und MPs. Fahnen, Transparente, Stalin, Pieck, Grotewohl. Zweimal Stacheldraht, zwei Schlagbäume und dann – eigentlich wenig!

Ein Mann und eine Frau im Trenchcoat, ein englischer Major und eine Dolmetscherin, 2 Polizisten, auf der Straße einige Zivilisten, halblinks Nissenhütten und am Schlagbaum Schwarz-Rot-Gold und der Union Jack. - Hm! - Endlich! Das letzte "Schagga - marsch!" -

Ich sehe keine Menschen mehr, spüre nicht mehr das Pflaster der Landstraße. Der Schritt wird schneller, sehe nur noch vorn 2 Schlagbäume, die sich langsam fast feierlich heben! Nur nicht mehr umsehen! Wir sind drüben!

Verschwommen vernehme ich, daß die Dolmetscherin fortwährend "Guten Morgen! Willkommen!" ruft - dann sind die Zivilisten unter uns. Ordensschwwestern, Geistliche, Amtspersonen, wer weiß, wer sonst noch alles! Händeschütteln, Umarmungen, freundliche Worte, Lachen - ganz dumm wird mir im Kopf! Kein Wort kommt über die Lippen!

Stumm werden wir alle vor soviel Herzlichkeit! Das ist überwältigend! Das erwartet keiner. Dich, junger Diakon, sehe ich heute noch vor mir! Wie du lachend auf mich zukamst, mir die Hand schüttelst und ausriefst: "Willkommen in der Heimat! Heut' ist euer Auferstehungstag! Vergeßt und seit daheim!"

Ja, so war es! und ich weiß wie heute, daß es mich durchzuckte: Hat das ein Posten gehört?! – Ach, es gibt ja keine Posten mehr! Kein englischer Soldat weit und breit! - Notdürftig in Marschordnung (geht es) in die Nissenhütten. Zählen! Hinten wieder heraus und dann stehen vor uns lachende Frauen, Schwestern, Heilsarmee, reichen uns Kakao und Wurstbrote! Weißbrot! - Wohin so schnell damit?!

(Von) hinten drängen sie nach, das Bündel hindert, ... bis mir eine Schwester freundlich lächelnd die Brote abnimmt. "Laß die hier, Kamerad! Die brauchst du nicht mehr!" "Ja, aber die daheim?! Ich will die doch mitbringen! Die haben doch auch nichts!" "Ach was, das sagte man euch drüben!" -- Komisch! -- So nun schnell! -- Aber wohin?

Was, in die Reiseautobusse da? Mit Lederpolstern, Chromleisten und Radiomusik? Sind die

denn für uns? - Ja! - Da endlich kommt Leben in den Pulk der "Heimkehrer", so heißen wir nun ja wohl! Ein Lachen und gegenseitiges Zeigen beginnt. "Mensch, sieh mal hier!" "Und hier!" Keine Menschenseele kümmert sich weiter um uns. Keiner zählt, keiner schreit, flucht und stößt! Nur schnell in die Busse und nach Friedland.

Und dann hämmert es in den Herzen, singt es im Blut, rollt es im Rhythmus des Motors, im Strahlen der jungen winterlichen Morgensonne:

Daheim! Daheim! ---

Und dann sind wir da! - Endlose Reihen von Nissenhütten. ... Raus aus dem Wagen, und dann wollen wir antreten, gezählt werden. 5 Jahre kannten wir ja nichts anderes! Haben da die Leute gelacht, die uns in Empfang nahmen! - Ja, und dann haben wir auch gelacht. Ein befreiendes, herzhaftes Lachen! Und ich weiß nicht, schwand es aus unseren Zügen an jenem 18. November 1949? Ich glaube kaum! - Alles ging dann sehr schnell und doch uns allen viel zu langsam! Es begann das große Abschiednehmen ohne Wehmut, ohne Trauer. -

Und als wir dann - schon in der Nacht - doch noch einmal antraten, unsere Papiere geprüft wurden und wir an den Zug rückten, - ach es war so schön! - konnten wir uns noch einmal eines lauten Lachens nicht erwehren!

Waren wir in Frankfurt unter den Klängen der "Internationale" ins Lager gerückt, so verließen wir dieses, das letzte und damit endgültig das Soldatenleben mit "Preußens Gloria".

Ich weiß noch heute nicht, war es ein Scherz, war es eine Reverenz, sollte es so sein? -- Und als wir im Zuge saßen - da wurde es still in und um uns. Jeder sah stumm vor sich hin. Das neue Leben war unhörbar eingetreten, hatte sich mit in den Heimkehrerzug geschwungen und fuhr mit uns heim.

Nun war die Sorge im Herzen! - Die Sorge um die daheim, die Sorge um Beruf, Wohnung, Essen und all die vielen Dinge, die nun anders waren als damals, als wir sie verließen.

Doch wer uns sehen konnte, wer in unseren Herzen las, der mußte fühlen, daß da Menschen heimkommen, die sich etwas vorgenommen haben, die ein Ziel haben und die den Kampf aufnehmen gegen alles, was für sie da kommen mag. - Rußland-Spätheimkehrer! ---<<

21.11.1949

USA: General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärt am 21. November 1949 zur deutschen Wiederbewaffnung (x243/178): >>... Deutschland könnte sich mit beschränkten Streitkräften eines besonderen Typus an (den) gemischten europäischen Streitkräften beteiligen. ...<<

22.11.1949

BRD: Im Petersberger Abkommen vereinbaren die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die BRD beantragt danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).

Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 heißt es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen können. ...

Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.

2. Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiedererrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...

8. In der Demontierungsfrage hat die Hohe Kommission die gegenwärtig Lage im Lichte der Zusicherung der Bundesregierung wiedererwogen und der folgenden Änderung des Pro-

gramms zugestimmt.

Die folgenden Werke werden von der Reparationsliste ausgenommen und die Demontierung ihrer Ausrüstung eingestellt:

a) Fabriken für synthetisches Öl und Kunstgummi: ...

b) Stahlwerke: ...

Alle Demontierungen in Berlin werden eingestellt.<<

25.11.1949

BRD: Bundeskanzler Adenauer spricht am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag über das Petersberger Abkommen (x243/177): >>... Ich stelle fest, ... daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen. –

("Sehr gut!" und "Hört! Hört!" und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.

Zuruf von links: "Unerhört so was!"

Gegenruf von rechts: "Ihre englischen Freunde versagen!" –

Zuruf von der SPD: "Eine politische Taktlosigkeit!" ...)

Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen.

(Lebhafte Stellungnahme bei den Regierungsparteien ...) –

das ist die Frage, um die es sich handelt: ... Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken, oder nicht?

Und wenn sie erklärt: nein, dann weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir der (britische) General Robertson abgegeben hat, daß die Demontage bis zu Ende durchgeführt wird.

(Dr. Schumacher/SPD: "Das ist nicht wahr!" - ...

Gegenruf bei den Regierungsparteien. – Weitere erregte Zurufe von SPD und KPD. –

Glocke des Präsidenten.

Renner/KPD: "Wo steht denn das?" –

Zurufe von links: "Sind sie noch ein Deutscher? – Sprechen sie als deutscher Kanzler? –

Dr. Schumacher: "Der Bundeskanzler der Alliierten!") ...

(Präsident Dr. Köhler schließt nach der unterbrochenen Sitzung um 6.11 Uhr Dr. Schumacher gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages für 20 Sitzungstage von den Verhandlungen des Bundestages aus.)<<

26.11.1949

Schweiz: Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtet am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.

Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.

Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...

Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen den Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<

29.11.1949

BRD: Aufgrund der Umsiedlungsverordnung vom 29. November 1949 sollen 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-

Holstein in die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Hamburg umgesiedelt werden (x182/217).

CSR: Die tschechische Regierung beschließt am 29. November 1949 eine Verordnung über die Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher Nationalität (x004/312-313): >>§ 1 Den Personen deutscher Nationalität, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach § 1 des Dekretes Slg. Nr. 33/1945 verloren haben, kann der Kreisnationalausschuß auf Vorschlag des Bezirksnationalausschusses die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft wiederverleihen, wenn sie ihren ständigen Wohnsitz auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik und die Pflichten eines tschechoslowakischen Staatsbürgers nicht verletzt, insbesondere sich dem volksdemokratischen System gegenüber nicht feindlich verhalten haben. ...

§ 3 (1) Ehegatten können um die Wiederverleihung der Staatsbürgerschaft in einem gemeinsamen Gesuch ansuchen; das Gesuch eines jeden Ehegatten wird selbständig beurteilt. Kinder unter 15 Jahren, welche ein Elternteil in sein Gesuch aufgenommen hat, erwerben die Staatsbürgerschaft zusammen mit ihm.

(2) Die Wiederverleihung der Staatsbürgerschaft wird bei Personen über 15 Jahren erst mit der Ablegung eines Gelöbnisses mit folgendem Wortlaut wirksam:

"Ich gelobe auf Ehre und Gewissen, daß ich der Tschechoslowakischen Republik und ihrem volksdemokratischen System immer treu und ergeben sein werde und daß ich alle Pflichten ihrer Bürger (ihrer Bürgerinnen) ordentlich erfüllen werde."

Nur in außergewöhnlichen Fällen kann die Ablegung des staatsbürgerlichen Gelöbnisses vom Ministerium des Innern erlassen werden. ...<<

UdSSR: Das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) kritisiert am 29. November 1949 Jugoslawiens (Titos) "falsche Politik" (x148/191): >>... Die "Kommunistische Partei Jugoslawiens" ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung in die Hände von Volksfeinden, Mördern und Spionen geraten und hat somit das Recht verloren, sich kommunistische Partei zu nennen, und ist nur ein Apparat, der die Spionageaufträge der Clique Tito - Kardelj - Rankovic - Djilas ausführt.

Das Informationsbüro der kommunistischen ... Arbeiterparteien ist daher der Ansicht, daß der Kampf gegen die Tito-Clique - diese gedungenen Spione und Mörder - die internationale Pflicht aller kommunistischen ... Arbeiterparteien ist. ...<<

30.11.1949

BRD: Sudetendeutsche Politiker und Wissenschaftler veröffentlichen am 30. November 1949 die "Eichstätter Advents-Deklaration" (x155/20-21): >>... Die Entwicklung seit 1945 hat die These widerlegt, daß eine mit Gewalt erzwungene nationale Einheitlichkeit der mitteleuropäischen Staaten eine dauernde Sicherung des Weltfriedens verbürge.

Die Austreibung hat im Gegenteil die Selbständigkeit der Austreiberstaaten vernichtet und der östlichen Totalität den Weg nach Westen geebnet. Zu wenig wird heute noch anerkannt, daß mit dem ideologischen Vordringen des Bolschewismus der panslawistisch-imperialistische Drang nach dem Westen Hand in Hand geht.

Diese schwerste Störung des europäischen Gleichgewichts seit der Völkerwanderung bedroht den gesamten europäischen Westen mit einem östlich-asiatischen Übergewicht. Ohne das aktive Eingreifen Amerikas hätte sich die Katastrophe Westeuropas bereits vollendet.

... Die Völker hinter dem eisernen Vorhang sollen wissen, daß die Wiederherstellung ihrer eigenen Rechte und Freiheiten unlösbar mit der Anerkennung und Wiederherstellung des Heimatrechtes aller Vertriebenen verbunden ist.

Wir wünschen nicht, daß der Vormarsch dieser Einsicht durch Kollektivbeschuldigungen gegen das tschechische oder polnische Volk gehemmt wird. Wir Sudetendeutschen wollen nicht Vergeltung, sondern Gerechtigkeit. So sehr das elementare Rechtsempfinden eine gerichtliche

Bestrafung krimineller Handlungen verlangt, so wenig wollen wir dazu beitragen, daß durch Angst dieser Völker vor Kollektivrache ihre Loslösung von den kommunistischen Diktaturen aufgehalten werde.

Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat in den Sprachgrenzen von 1937. ... Gleichzeitig aber geht es um die Herstellung eines tragbaren Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westslawischen Nachbarn. ... Alle diese Aufgaben können nur im Rahmen einer föderalistischen Gesamtordnung Europas gelöst werden, die jede Hegemonialstellung irgendeiner Großmacht ausschließt. ...<<

02.12.1949

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Dezember 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/105): >>2. Dezember 1949. Friedland hat eine Glocke erhalten. Sie wurde dem Evangelischen Hilfswerk von einer Glockengießerei in Bockenem zur Verfügung gestellt und nun feierlich eingeweiht.

Die Lagerglocke soll in Zukunft auch immer läuten, wenn wieder Heimkehrertransporte ankommen. Der ehrene Klang der großen Glocke wird davon künden, daß deutsche Menschen wieder heimfanden. "Sie erklingt vor allem aber zur Ehre dessen, der unser Schicksal in Händen hat", sagte der evangelische Lagerpfarrer Lippert.<<

USA: Die Zeitung "U.S. News" berichtet am 2. Dezember 1949 über die geplante Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/301): >>US-Generäle können es nicht öffentlich aussprechen, aber geben es in privaten Gesprächen zu, daß der Wiederaufbau einer deutschen Armee bereits 'in the cards' ist. ...

Die Generäle sehen keine Möglichkeit, im Westen 40 Divisionen gegen Rußland aufzustellen, ohne heftig auf das verfügbare Menschenmaterial und die militärischen Erfahrungen Deutschlands zurückzugreifen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Unterstützung der Westdeutschen (x068/301-302): >>... Verhandlungen über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik begannen, bereits zwei Jahre vor deren Gründung, in Washington, im Winter 1948/49 mit deutschen Generälen. Glaubte das Pentagon doch, daß in Westeuropa allein Deutschland eine wirklich schlagkräftige Landarmee aufzustellen vermöge.

...

Die deutschen Generäle stimmten im Winter 1948/49 in Washington den dortigen Wiederaufrüstungswünschen zu. Und von nun an kommandierten die Amerikaner die Militarisierung und setzten die Deutschen nachweislich unter Druck. Beispielsweise drohte man bei Nichterfüllung mit Einstellung der Marshallplan-Hilfe. Doch verkettete man überall finanzielle Hilfeleistungen mit militärischen Forderungen. Es war Prinzip, vor allem ein Prinzip der Dulles-Politik.

"Kein Land der Welt erhielt auch nur eine halbe Million Dollar", betont L. L. Matthias, "wenn es sich nicht verpflichtete, dafür gewisse militärische Zugeständnisse zu machen, sei es durch Waffenkäufe in den Vereinigten Staaten, durch pachtweise Überlassung eines Flugzeugstützpunktes, durch Abtretung eines Geländes für Abschußrampen atomarer Geschosse oder für die Stationierung amerikanischer Truppen. Amerikanische Kredite oder Anleihen mußten bezahlt werden. Man begnügte sich nicht, wie in vergangenen Zeiten, mit Garantien und Zinsen. Man ließ sich die finanzielle Hilfe doppelt und dreifach bezahlen".

Mit offenen Armen nahmen die Yankees Generäle auf, die noch wenige Jahre zuvor Hunderttausende deutscher Soldaten Hitler ans Messer geliefert und sie selbst blutig bekämpft hatten. Andererseits lieferten auch die deutschen Offiziere ihre "Osterfahrungen" gern dem US-Generalstab aus, der einfach alles brauchen konnte: von Reinhard Gehlen, Chef der Abteilung "Fremde Heere Ost", der nun (Jahre bevor er Präsident des Bundesnachrichtendienstes wurde) mit seiner ganzen Einheit zum bisherigen Feind übertrat und mit dessen Spionagedienst ein

Abkommen schloß (worin es wörtlich heißt, daß man "nach Osten aufklärt bzw. die alte Arbeit im gleichen Sinne fortsetzt"), bis zur Gestapo-Hyäne von Lyon, Klaus Barbie, der jetzt so "vorzüglich" für die USA gearbeitet hat, daß sie den vielbewährten Kriegsverbrecher im März 1951 über Genua nach Bolivien in Sicherheit brachten. (Noch ungezählten anderen, selbstverständlich, wurde derart zur Flucht verholfen, auch durch weitere Menschenfreunde, vor allem durch den Vatikan.)

Geradezu gierig stellten die Staaten Hitlers Mörder in ihren Dienst, und das "verfügbare Menschenmaterial ... Deutschlands", das sie benötigten, lieferte ihnen mit schöner Beflissenheit der "Kanzler der Alliierten" (Adenauer). ...<<

03.12.1949

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schlägt am 3. Dezember 1949 in einem Gespräch mit der US-Zeitung "Cleveland Plain Dealer" die Aufstellung einer westeuropäischen Armee mit westdeutschen Truppenkontingenten vor (x092/951).

08.12.1949

DDR: Der Oberste Gerichtshof und die Generalstaatsanwaltschaft werden am 8. Dezember 1949 gegründet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Rechtswesen" in der SBZ (x009/353): >>Das Recht gehört nach der Lehre des Marxismus-Leninismus zum sog. Überbau.

Es habe Klassencharakter, sei seiner Natur nach parteilich, weshalb auch die Rechtsanwendung nur parteilich sein könne. "Das sozialistische Recht ist der zum Gesetz erhobene Wille der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen werktätigen Schichten der Bevölkerung die Macht ausübt.

Die Grundlage des sozialistischen Rechts ist die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. ... Der Hauptzweck des sozialistischen Rechts ist die Sicherung der Arbeiter- und Bauernmacht und der sozialistischen Errungenschaften" ...

Die politische Aufgabe der Rechtsprechung kommt auch im Gesetz über die Gerichtsverfassung zum Ausdruck: "Die Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Sieg des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden ...

Die Gerichte erziehen alle Bürger in ihrem beruflichen und persönlichen Leben zu einem verantwortungsbewußten Verhalten und zur gewissenhaften Befolgung der Gesetze. ...

Eng verbunden damit ist die Forderung nach einer echten Parteilichkeit der Rechtsprechung: "Einhaltung der Gesetzlichkeit bedeutet Wahrung der Parteilichkeit. Als höchste Gerichtsstanz besteht seit Dezember 1949 das Oberste Gericht der DDR. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsanwaltschaft" in der SBZ (x009/416): >>Nach Errichtung der DDR wurde durch Gesetz vom 8.12.1949 außer dem Obersten Gericht auch eine Oberste Staatsanwaltschaft geschaffen, deren durch die Volkskammer zu wählender Leiter als Generalstaatsanwalt der DDR Weisungsbefugnis gegenüber den Staatsanwälten der Länder erhielt. ...<<

15.12.1949

DDR: Die Provisorische Regierung klärt am 15. Dezember 1949 das Unterstellungsverhältnis der verstaatlichten "Volkseigenen Betriebe" (VEB) und die "Volkseigenen Güter" (VEG).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Volkseigenen Güter" (VEG) in der SBZ (x009/464): >>1949 wurden die bei der Bodenreform "verstaatlichten" landwirtschaftlichen Großbetriebe, die sich in Länder-, Kreis- oder Gemeindeverwaltung befanden, in der Vereinigung volkseigener Güter, Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammengeschlossen. ...

Die Volkseigenen Güter sollten zu Mustergütern entwickelt werden, die den übrigen Betrieben der Umgebung als Vorbild und Anregung dienen; sie sind mit den typischen Sonderauf-

gaben des Großbetriebes (Tierzucht, Pflanzenzucht und Saatgutvermehrung) betraut und sollen gleichzeitig "kulturelle Stützpunkte auf dem Lande" sein.

Tatsächlich ist ihre Wirtschaftsweise, die ihrer alljährlich wiederkehrenden Defizite wegen hohe Staatszuschüsse erfordert, selbst in der SED-Presse Gegenstand häufiger Kritik. ...<<

19.12.1949

BRD: Der ehemalige deutsche Generalfeldmarschall Erich von Manstein (1887-1973) wird am 19. Dezember 1949 in Hamburg zu 18 Jahren Haft verurteilt.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Erich von Manstein (x051/-373): >>Manstein, Erich von (ursprünglich Erich von Lewinski), geboren in Berlin 24.11.1887, gestorben in Irschenhausen (Isartal) 9.6.1973, deutscher Generalfeldmarschall (1.7.42); 1906 Offizier, im Ersten Weltkrieg Generalstabsverwendung, Reichswehrkarriere (1.10.36 Generalmajor).

Manstein war bei Kriegsausbruch Chef des Stabes der Heeresgruppe Süd und entwickelte nach dem Sieg über Polen den Operationsplan für den Frankreichfeldzug: "Sichelschnitt" durch die Ardennen und Belgien mit schnellen Panzerverbänden zur Kanalküste. Der vom OKH sehr skeptisch beurteilte Plan fand Hitlers Billigung und brachte nach dem Erfolg die Beförderung Mansteins zum General der Infanterie (19.7.40).

Im Rußlandfeldzug war Manstein u.a. mit der 11. Armee Eroberer der Krim und wurde während der Stalingradkrise Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don (später Süd). Zwar konnte er den sowjetischen Kessel um die deutsche 6. Armee nicht mehr sprengen, doch gelang ihm mit einer genialen "Strategie der Aushilfen" die Rettung der Südfront in Rußland (u.a. Rückeroberung Charkows 16.3.43). Nach Meinungsverschiedenheiten mit Hitler, der nun "nur noch Steher" haben wollte, wurde mit Manstein am 30.3.44 der wohl fähigste deutsche Strategie abgelöst und nicht wieder verwendet.

Von den Briten gefangen genommen, wurde er am 19.12.49 in Hamburg zu 18 Jahren Haft verurteilt, u.a. weil er den Kommissarbefehl weitergegeben und die Morde der Einsatzgruppen als "harte Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors" gebilligt hatte.

Aus Gesundheitsgründen im Mai 53 freigelassen, schrieb Manstein seine Memoiren "Verlorene Siege" (1955) und beriet die Bundesregierung in Fragen der Wiederbewaffnung.<<